

Protokoll

der Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Appenzell I.Rh.
an der **Session vom 31. März 2008 im Rathaus Appenzell**

Vorsitz: Grossratspräsident Hans Brülisauer
Anwesend: 49 Ratsmitglieder
Zeit: 14.00 - 15.50 Uhr
Protokoll: Ratschreiber Markus Dörig / Karin Rusch

Es gelangten folgende Geschäfte zur Behandlung:

	Seite
1. Eröffnung	2
2. Protokoll der Session vom 18. Februar 2008	2
3. Staatsrechnung für das Jahr 2007	3
4. Bericht und Rechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2007	9
5. Landrechtsgesuche	10
6. Mitteilungen und Allfälliges	11

Abkürzungen für grossrätliche Kommissionen:

StwK: Staatswirtschaftliche Kommission
WiKo: Kommission für Wirtschaft
SoKo: Kommission für Soziales, Gesundheit, Erziehung, Bildung
ReKo: Kommission für Recht und Sicherheit
BauKo: Kommission für öffentliche Bauten, Verkehr, Energie, Raumplanung, Umwelt

1.

Eröffnung

Grossratspräsident Hans Brülisauer

Eröffnungsansprache

Entschuldigungen: Keine

Absolutes Mehr: 25

2.

Protokoll der Session vom 18. Februar 2008

Das vorgelegte Protokoll wird ohne Abänderungen einstimmig genehmigt.

3.

Staatsrechnung für das Jahr 2007

Referent: Grossrat Hans Büchler, Präsident StwK
Departementsvorsteher: Säckelmeister Sepp Moser
4/1/2008: Antrag Standeskommission
4/1/2008: Antrag StwK

Grossrat Hans Büchler, Präsident StwK, erläutert mündlich den Bericht über die Ergebnisse der Prüfung des Finanzhaushaltes sowie die Überwachung des Geschäftsganges der kantonalen Behörden. Dabei verweist er insbesondere auf den detaillierten Bericht der StwK, welcher den Mitgliedern des Grossen Rates bereits vorgängig zur Session zugestellt wurde.

In Bezug auf den Geschäftsgang der Amtsstellen der kantonalen Verwaltung informiert er über die Ergebnisse der Überprüfungen beim Bau- und Umweltsdepartement, beim Finanzdepartement, beim Spital und Pflegeheim sowie beim Justiz-, Polizei- und Militärdepartement.

Abschliessend unterbreitet die StwK dem Grossen Rat die folgenden Anträge:

1. Vom Bericht der StwK sei Kenntnis zu nehmen.
2. Sämtliche Amtsrechnungen 2007 seien zu genehmigen.
3. Der Standeskommission, den kantonalen Kommissionen sowie den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung und der selbständigen öffentlichen Anstalten sei für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben der beste Dank auszusprechen.

Grossrat Thomas Mainberger, Schwende, bezieht sich auf Ziff. 3.2.4. des Berichtes der StwK betreffend die Entschädigung der Standeskommissionsmitglieder, mit dem sie eine Überprüfung und allfällige Revision der Behördenverordnung vorschlägt. Grossrat Thomas Mainberger unterstützt eine zeitgemässe Anpassung der Entschädigungen an die Standeskommissionsmitglieder. Er vertritt dabei die Meinung, dass es allen Bürgern des Kantons, unabhängig ihrer beruflichen und finanziellen Verhältnisse möglich sein sollte, ein Amt als Standeskommissionsmitglied annehmen zu können und dies in der Regel nicht mit finanziellen Einbussen verbunden sein sollte. Er beantragt deshalb, die StwK sei zu beauftragen, die Entschädigungsfrage bezüglich Zeitmässigkeit, Attraktivität und Chancengleichheit ganz grundsätzlich zu hinterfragen und eine Möglichkeit zu skizzieren, Art. 6 der Behördenverordnung so auszugestalten, dass eine relative Sicherheit und Attraktivität ohne Abhängigkeit eines Zweiterwerbs erreicht würde.

Der Präsident der StwK, Grossrat Hans Büchler, nimmt die Anregungen von Grossrat Thomas Mainberger entgegen und führt dazu aus, dass die StwK voraussichtlich im Rahmen der Juni- oder Oktober-Session dem Grossen Rat einen Antrag unterbreiten wird.

Säckelmeister Sepp Moser informiert in seinem Eintretensvotum über das positive Ergebnis der Staatsrechnung 2007. Dabei weist er auf die erzielten Überschüsse in der Laufenden Rechnung von Fr. 51'000.-- und in der Investitionsrechnung von Fr. 800'000.-- hin. Dieses gute Ergebnis ist ganz wesentlich auf Mehreinnahmen, insbesondere bei der Grundstückgewinnsteuer, dem Anteil der Direkten Bundessteuer und des Interkantonalen Finanzausgleichs sowie am Reingewinn der Kantonalbank, zurückzuführen. Es mussten allerdings auch Mehrausgaben, insbesondere bei den Ausbildungskosten und der öffentlichen Fürsorge, in Kauf genommen werden.

In diesem Zusammenhang macht Säckelmeister Sepp Moser darauf aufmerksam, dass zur Standortqualität des Kantons Appenzell I.Rh. auch ein gesunder Staatshaushalt gehört. Nur eine nachhaltige Finanzpolitik sorgt für Stabilität und begünstigt das Wirtschaftswachstum. Dies kann nur durch ein ausgeglichenes Budget, eine tiefe Staatsquote und eine tiefe Steuerquote erreicht werden. Säckelmeister Sepp Moser macht darauf aufmerksam, dass sich der Kanton Appenzell I.Rh. derzeit als attraktiver Standort mit vorteilhaften Bedingungen präsentiert. Der Kanton ist gezwungen, gewisse Nachteile der geographischen Lage zu kompensieren, indem hervorragende Dienstleistungen, Qualitätsprodukte und auch eine attraktive Steuerpolitik angeboten werden. Dies ist eine ständige Aufgabe. Es ist deshalb vorgesehen, der Landsgemeinde 2010 ein neues, auf Appenzell I.Rh. zugeschnittenes Steuergesetz zu unterbreiten.

Abschliessend benutzt er die Gelegenheit, um allen Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für ihren Einsatz und der StwK für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Gemäss Art. 18 Abs. 3 des Geschäftsreglementes ist Eintreten auf die Staatsrechnung obligatorisch.

Gesamtübersicht (S. 1 - 4)

Keine Bemerkungen.

Kommentar zur Staatsrechnung (S. 5 - 8)

Grossrat Alfred Sutter, Appenzell, vermisst im Kommentar zur Staatsrechnung Aussagen über die Aktiv- und Passivzinsen, welche in den Staatsrechnungen der letzten Jahre jeweils enthalten waren.

Säckelmeister Sepp Moser beantwortet die Frage in dem Sinne, dass der Kanton grundsätzlich nur Aktivzinsen ausweist, da er schuldenfrei ist und über ein Vermögen verfügt. Bei den noch vorhandenen Passiven handelt es sich um überschüssige Mittel der AHV Genf und der SUVA Schweiz, welche den Kantonen als Darlehen zur Verfügung gestellt wurden. Der Kanton hat in der Vergangenheit aufgrund der günstigen Zinsverhältnisse von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Diese Darlehen bestehen zwar heute noch, werden jedoch im Laufe der nächsten Jahre ablaufen.

Die Passivzinsen haben im vergangenen Jahr Fr. 820'000.-- und die Aktivzinsen Fr. 2'310'000.-- ausgemacht, was einen Aktivzinsüberschuss von Fr. 1'500'000.-- ergibt. Er erklärt sich bereit, die Frage bei Bedarf genauer abzuklären und dem Grossen Rat zu einem späteren Zeitpunkt detailliert Auskunft zu erteilen.

Landammann Carlo Schmid-Sutter präzisiert die Ausführungen von Säckelmeister Sepp Moser dahingehend, dass ein Vergleich der Aktiv- und Passivzinsen nicht von Bedeutung ist, da der Kanton seit 15 Jahren nur über Vermögen verfügt. Bei den von Säckelmeister Sepp Moser dargelegten Passiven handelt es sich um so genannte Passage-Geschäfte. Dabei wird dem Kanton Geld, welches durch die AHV Genf oder die SUVA Schweiz bei der Appenzeller Kantonalbank angelegt wird, zu Vorzugskonditionen als Darlehen zur Verfügung gestellt.

Inhaltsverzeichnis Laufende Rechnung (S. 9 - 10)

Grossrätin Vreni Inauen, Rüte, beantragt, auf S. 9 im Konto Nr. 2452 "Familienzulage Landwirtschaft" sei - wie dies im Budget bereits angepasst worden ist - der Begriff "Landwirtschaft" ersatzlos zu streichen.

Der Grosse Rat erklärt sich stillschweigend mit diesem Antrag einverstanden.

Laufende Rechnung (S. 11 - 48)

10 Gesetzgebende Behörden (S. 11)

Keine Bemerkungen.

20 Allgemeine Verwaltung (S. 12 - 13)

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, möchte Auskunft darüber, weshalb die Konten 2000.319.00 "Verschiedenes" und 2010.317.00 "Spesenentschädigung" nicht zusammengefasst, sondern einzeln aufgeführt werden. Im Weiteren möchte er wissen, für welche Verfahren die im Kommentar zu diesen Konten aufgeführten Gerichtskosten von Fr. 26'000.-- bzw. Fr. 27'000.-- verwendet wurden.

Gemäss Antwort von Säckelmeister Sepp Moser wird grundsätzlich mit dem bestehenden Kontenplan gearbeitet und möglichst darauf verzichtet, neue Konten zu eröffnen bzw. den Kontenplan zu ändern. Aufgrund dessen wurden die im vergangenen Jahr angefallenen Gerichtskosten in den beiden erwähnten Konten verbucht. Landammann Bruno Koster beantwortet die zweite Frage dahingehend, dass es sich bei den aufgeführten Kosten um die Gerichtskosten handelt, welche für zwei Verfahren betreffend Anstellungsverhältnisse angefallen sind.

21 Bau- und Umweltdepartement (S. 14 - 19)

Keine Bemerkungen.

22 Erziehungsdepartement (S. 20 - 23)

Keine Bemerkungen.

23 Finanzdepartement (S. 24 - 27)

Keine Bemerkungen.

24 Gesundheits- und Sozialdepartement (S. 28 - 32)

Grossrat Franz Mittelholzer, Appenzell, nimmt Bezug auf das Konto Nr. 2454.366.02 "Unterstützungen in AI zu Lasten anderer Kantone", welches einen Aufwand von annähernd Fr. 132'000.-- aufweist und möchte wissen, in welchem Konto die entsprechenden Rückforderungen verbucht werden.

Statthalter Werner Ebnetter führt in seiner Antwort aus, dass diese Rückforderungen im Konto Nr. 2454.451.00 "Rückvergütungen" verbucht werden.

25 Justiz-, Polizei- und Militärdepartement (S. 33 - 37)

Keine Bemerkungen.

26 Land- und Forstwirtschaftsdepartement (S. 38 - 44)

Grossrat Franz Fässler, Appenzell, macht auf den Aufwand von rund Fr. 142'000.-- im Konto Nr. 2612.365.09 "Viehabsatz Grossvieh" aufmerksam. Dabei stellt sich für ihn die Frage, ob es Sinn macht, den Viehabsatz weiterhin mit Beiträgen zu unterstützen, obwohl der Absatz derzeit als sehr gut bezeichnet werden kann. Der Produzent erhält demnach einen Beitrag von Fr. 170.-- pro Tier, was im Vergleich mit den umliegenden Kantonen als überaus hoch eingestuft werden muss.

Landeshauptmann Lorenz Koller beantwortet die Anfrage von Grossrat Franz Fässler dahingehend, dass in sämtlichen Bergkantonen noch heute Viehabsatzbeiträge geleistet werden. Die Beiträge für den Viehabsatz sollen dazu beitragen, dass der Schlachtviehmarkt im Kanton aufrechterhalten werden kann. Dieser ist ein wichtiges Instrument für die Vergleichbarkeit, da anlässlich der Schlachtviehmärkte seitens der Proviande eine neutrale Taxation der Tiere stattfindet. Sollte der Schlachtviehmarkt abgeschafft werden, findet der gesamte Viehhandel auf privater Basis statt, womit keine Vergleiche mehr angestellt werden können.

Er macht abschliessend beliebt, diese Beiträge an den Viehabsatz zu belassen, da ansonsten ein Abgang an den Schlachtviehmarkt nach Appenzell A.Rh. nicht auszuschliessen ist. Er erklärt sich aber bereit, die Angelegenheit zusammen mit der Landwirtschaftskommission zu prüfen.

Im Zusammenhang mit dem Konto Nr. 2616.376.01 auf S. 39 möchte Grossrat Alfred Sutter, Appenzell, weiter wissen, weshalb im vergangenen Jahr über ein Sechstel weniger an Hangbeiträgen im Berggebiet ausbezahlt wurden als im Vorjahr.

Dazu führt Landeshauptmann Lorenz Koller aus, das Land- und Forstwirtschaftsdepartement sei vom Bundesamt für Landwirtschaft beauftragt worden, sämtliche landwirtschaftliche Nutzflächen zu überprüfen. Dabei ist festgestellt worden, dass die bisherigen Daten in Bezug auf die Steilheit der Flächen nicht in allen Fällen stimmen. Aufgrund der neuen Messung mit weitaus moderneren Instrumenten haben sich verschiedene Änderungen ergeben, indem einige Flächen im Gegensatz zur bisherigen Annahme eine Steilheit von weniger als 35 % bzw. unter 18 % aufgewiesen haben, womit die Beiträge gekürzt bzw. ganz weggefallen sind.

27 Volkswirtschaftsdepartement (S. 45 - 48)

Keine Bemerkungen.

Budgetabweichungen Laufende Rechnung (S. 49 - 58)

Keine Bemerkungen.

Inhaltsverzeichnis Investitionsrechnung (S. 59 - 60)

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung (S. 61 - 64)

Keine Bemerkungen.

Budgetabweichungen Investitionsrechnung (S. 65 - 66)

Keine Bemerkungen.

Abschreibungstabelle (S. 67 - 68)

Keine Bemerkungen.

Sachgruppenstatistik und Bundeseinnahmen (S. 69 - 74)

Keine Bemerkungen.

Bestandesrechnung / Bilanz (S. 75 - 78)

Keine Bemerkungen.

Rückstellungen (S. 79 - 80)

Keine Bemerkungen.

Spezialfinanzierungen, Spezialfonds (S. 81 - 82)

Grossrat Martin Breitenmoser, Appenzell, möchte Auskunft darüber haben, weshalb sowohl ein "Fonds für Wirtschaftsförderung Landwirtschaft" als auch ein "Fonds für Wirtschaftsförderung" geführt werden, und weshalb diese nicht zu einem einzigen Fonds zusammengefasst werden.

Diese Anfrage wird von Landammann Bruno Koster dahingehend beantwortet, dass dies vom Gesetz so verlangt wird. Ausserdem wird mit dieser Unterteilung ersichtlich, in welchen Berei-

chen wie viele Gelder eingesetzt werden. Im Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass sämtliche Gesuche um Wirtschaftsförderung von derselben Kommission behandelt werden, wobei im Falle von Projekten im Landwirtschaftsbereich zusätzlich auch Landeshauptmann Lorenz Koller an den Sitzungen teilnimmt.

Investitionskreditkasse (S. 83 - 84)

Keine Bemerkungen.

Fonds- und Stiftungskapital (S. 85 - 102)

Im Zusammenhang mit der Wildkirchlistiftung möchte Grossrat Albert Koller, Appenzell, wissen, weshalb im Konto Nr. 3400.01 auf S. 94 die Schuldzinsen gegenüber dem Vorjahr deutlich tiefer ausgefallen sind. Ausserdem ersucht er um Auskunft darüber, ob es sich bei dem im Konto Nr. 4000.05 aufgeführten Beitrag Denkmalpflege in der Höhe von Fr. 39'100.-- um einen einmaligen oder einen wiederkehrenden Beitrag handelt.

Landeshauptmann Lorenz Koller führt dazu aus, dass sämtliche Aufwendungen, welche durch den Umbau und die Sanierung des Restaurants Aescher angefallen sind, in einem Kontokorrent des Kantons verbucht werden konnten, weshalb keine Zinsen angefallen sind. Beim Beitrag seitens der Denkmalpflege handelt es sich um einen einmaligen Beitrag an den Umbau des Restaurants Aescher. Dieser Beitrag ist von Bund, Kanton und vom Bezirk Schwende geleistet worden. Landeshauptmann Lorenz Koller orientiert in diesem Zusammenhang darüber, dass durch die getätigten Investitionen eine Erhöhung des Mietzinses zu Lasten der Pächter notwendig wird. Er wird diese Erhöhung sobald als möglich vornehmen. Die Pächter sind darüber bereits informiert.

Spital und Pflegeheim Appenzell (S. 103 - 118)

Keine Bemerkungen.

Gymnasium St. Antonius (S. 119 - 128)

Keine Bemerkungen.

Abwasserrechnung (S. 129 - 134)

Keine Bemerkungen.

Strassenrechnung (S. 135 - 144)

Keine Bemerkungen.

In der Abstimmung werden die Staatsrechnung für das Jahr 2007 genehmigt sowie die Anträge der StwK einstimmig gutgeheissen.

4.**Bericht und Rechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2007**

Referent: Landammann Bruno Koster
5/1/2008: Antrag Bankrat

Landammann Bruno Koster führt in seinem Eintretensreferat aus, das Rekordergebnis aus dem Jahre 2006 sei im vergangenen Jahre noch leicht übertroffen worden. Der Bruttogewinn ist um 0,5 % auf Fr. 20,9 Mio. gestiegen, und auch die Bilanzsumme ist mit Fr. 1,971 Mia. um 2,3 % erhöht worden. Schliesslich konnten auch die Eigenmittel wiederum gesteigert werden und betragen aktuell Fr. 169 Mio.

Nach der Abschreibung und den Rückstellungen verbleibt ein Gewinn von Fr. 18,4 Mio. Davon sind den Reserven für allgemeine Bankrisiken Fr. 9,2 Mio. zugewiesen worden. Fr. 0,8 Mio. werden für die Verzinsung des Dotationskapitals eingesetzt, Fr. 5,4 Mio. als Gewinn an die Staatskasse abgeliefert und mit Fr. 3,6 Mio. werden die gesetzlichen Reserven gestärkt.

Abschliessend bedankt sich Landammann Bruno Koster bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Appenzeller Kantonalbank für dieses gute Ergebnis und der Bankleitung sowie den Bankbehörden für die operative und strategische Führung. Ein Dank ergeht auch an die Kundinnen und Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen im vergangenen Jahr.

Landammann Bruno Koster beantragt dem Grossen Rat, von der Rechnung Kenntnis zu nehmen bzw. diese gemäss Art. 20 des Bankengesetzes zu genehmigen.

Eintreten auf das Geschäft ist obligatorisch.

Das Wort wird nicht gewünscht.

In der Abstimmung werden der Bericht und die Rechnung der Appenzeller Kantonalbank für das Jahr 2007 einstimmig genehmigt.

5.Landrechtsgesuche

Referent: Grossrat Bruno Ulmann, Präsident ReKo
6/1/2008: Berichte Standeskommission
Mündlicher Antrag der ReKo

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden das Gemeindebürgerrecht von Appenzell und das Landrecht von Appenzell I.Rh. folgenden Personen erteilt:

- **Drazen Gobac-Barcan**, geb. 1966 in Kroatien, kroatischer Staatsangehöriger, und seiner Ehefrau **Nada Gobac-Barcan**, geb. 1963 in Kroatien, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft Lehnstrasse 18, 9050 Appenzell; in die Einbürgerung miteinbezogen werden die beiden Töchter **Ana-Maria Gobac**, geb. 1994, und **Katarina Gobac**, geb. 1997.
- **Eran Bektesovski**, geb. 1986 in Mazedonien, mazedonischer Staatsangehöriger, ledig, wohnhaft Dorfstrasse 11, 9413 Oberegg.

Der Präsident der ReKo, Grossrat Bruno Ulmann, orientiert darüber, dass dem Grossen Rat anlässlich der nächsten Session wiederum ein Bericht der ReKo über die Einbürgerungen unterbreitet wird.

10.

Mitteilungen und Allfälliges

Unter diesem Traktandum wird Folgendes ausgeführt:

- Grossrätin Rahel Mazenauer, Appenzell, bezieht sich auf die amtliche Mitteilung im Appenzeller Volksfreund vom 20. März 2008 betreffend die einheitliche Adressierung im ganzen Kanton. Sie stört sich sehr an der geplanten Änderung der Adressierung, indem beispielsweise für Steinegg oder Meistersrüte anstelle von 9050 Appenzell neu 9050 Steinegg oder 9050 Meistersrüte verwendet werden soll. Dies stiftet ihrer Ansicht nach viel Verwirrung und bedeutet für viele einen Identitäts- und Imageverlust. Sie stellt sich die Frage, ob dies wirklich notwendig ist, nicht zuletzt deshalb, da diese Änderung mit erheblichen Kosten verbunden ist. Aus diesem Grunde unterbreitet sie dem Grossen Rat den Antrag, die Registerharmonisierung - insbesondere die neue Ortschaftenaufteilung - sei noch einmal zu überarbeiten, wobei auch die betroffene Bevölkerung mittels Umfragen und Diskussionen in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden müsse. Ausserdem müsse der Kosten-/Nutzenvergleich nicht nur aus staatswirtschaftlicher, sondern auch aus bürgerlicher und gewerblicher Sicht analysiert werden.

Landesfährnich Melchior Looser hält diesem Antrag entgegen, dass die Volkszählung neu als Registerzählung durchgeführt wird. Die Kantone haben diesbezüglich den Auftrag erhalten, dass jede Person, jedes Haus und jede Wohnung einer eindeutigen Adresse zugewiesen werden muss. Er führt aus, dass sich die breit abgestützte Arbeitsgruppe mit Angestellten der Verwaltung sowie Vertretern aller Bezirke eingehend mit dieser Angelegenheit befasst hat und zu der genannten Lösung gekommen ist. Die Registerzählung wird vom Bundesgesetz über die Volkszählung vorgeschrieben und diesem Auftrag muss Folge geleistet werden. In Bezug auf die neuen Postleitzahlen sind von der Post Vorschriften erlassen worden, welche nicht umgangen werden können.

Landammann Bruno Koster zeigt Verständnis für das Vorbringen von Grossrätin Rahel Mazenauer. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit ist aber festgestellt worden, dass dies der einzig gangbare Weg darstellt.

Grossrat Erich Fässler und Grossrat Ruedi Ulmann bestätigen seitens der Bezirke, dass diese vollumfänglich in die Entscheidungsfindung einbezogen worden sind und sich nach eingehender Prüfung mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden erklären können.

Nach eingehender Diskussion erklärt Grossrätin Rahel Mazenauer, dass sie an ihrem Antrag festhält.

In der Abstimmung wird der Antrag von Grossrätin Rahel Mazenauer mit 25 zu 4 Stimmen eindeutig abgelehnt.

Nach erfolgter Abstimmung erklärt sich Landesfährnich Melchior Looser jedoch trotzdem bereit, die Angelegenheit innerhalb der Arbeitsgruppe noch einmal abschliessend zu prüfen.

- Anlässlich seiner letzten Grossrats-Session nimmt Landammann Bruno Koster die Gelegenheit wahr, um allen Mitgliedern des Grossen Rates für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu danken. Er äussert dabei einige Gedanken zum Grossratsbetrieb. Dabei führt er aus, er habe feststellen müssen, dass der Grosse Rat in den letzten Jahren viel an seiner Lebendigkeit verloren hat. Für grundsätzliche Voten bleibt kaum mehr Platz, da die Meinung der vorberatenden Kommissionen meist diskussionslos übernommen wird. Er unterbreitet dem Büro folgende Anregungen zur Prüfung:
 - Jährliche Wechsel bzw. Rotationen in den vorberatenden Kommissionen. Damit würden mehr Grossrätinnen bzw. Grossräte in die Problemstellungen involviert und mit den Themen betraut.
 - Weniger Geschäfte bzw. nur noch die aufwändigeren Geschäfte den vorberatenden Kommissionen zuweisen.

Grossratspräsident Hans Brülisauer erklärt sich bereit, diese Anregungen im Büro des Grossen Rates zu prüfen.

- Grossrat Albert Koller, Appenzell, möchte von Landeshauptmann Lorenz Koller Auskunft darüber, welche Meinung er zu dem in den Medien berichteten Milchboykott vertritt. Landeshauptmann Lorenz Koller führt dazu aus, dass es seiner Ansicht nach nicht möglich sein wird, mit Boykottmassnahmen höhere Milchpreise zu erreichen. Höhere Milchpreise könnten nur durch Verhandlungen erzielt werden. Die NBKS, das neue bäuerliche Koordinationszentrum der Schweiz, welches einen Milchboykott in der Presse zur Sprache gebracht hat, fordert einen Milchpreis von bis zu Fr. 1.--, was derzeit nicht möglich ist. Falls tatsächlich ein Milchboykott initiiert wird, wird er einen solchen wohl nicht unterstützen können.
- Grossrat Bernhard Koch, Gonten, nimmt auf die heute sehr kurz ausgefallene Traktandenliste Bezug und wünscht in Zukunft, dass die Traktanden besser auf die fünf Sessionen verteilt werden, da im Gegensatz dazu die Traktandenlisten der Herbst-Sessionen häufig eher überladen sind. Grossratspräsident Hans Brülisauer nimmt die Anregung entgegen, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Geschäftslast der einzelnen Sessionen mit der Landsgemeinde zu tun hat, weshalb die beiden Herbst-Sessionen länger ausfallen als die übrigen Sessionen.

- Bauherr Stefan Sutter bezieht sich auf den Antrag von Grossrat Ruedi Ulmann, Gonten, welcher anlässlich der Grossrats-Session vom 18. Februar 2008 das Justiz-, Polizei- und Militärdepartement aufgefordert hatte, ein Verkehrs- und Parkplatzkonzept für den Dorfkern von Appenzell zu erarbeiten. Die Standeskommission hat nun beschlossen, die Federführung für die Erarbeitung dieses Konzeptes dem Bau- und Umweltdepartement zu übertragen. Dies deshalb, weil das Bau- und Umweltdepartement bereits an der Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes rund um den Dorfkern von Appenzell ist und auch in Bezug auf die Parkplatzproblematik bereits erste Vorarbeiten geleistet hat. Es darf davon ausgegangen werden, dass dem Grossen Rat in zirka einem Jahr erste Resultate präsentiert werden können.
- Grossrat Ueli Manser, Schwende, bezieht sich auf das Landsgemeinde-Mandat 2008, insbesondere auf die aufgeführte Etappierung betreffend die Gesamtsanierung des Gymnasiums Appenzell auf S. 185. Er ersucht den regierenden Landammann, im Rahmen der Vorstellung dieses Geschäftes darauf aufmerksam zu machen, dass diese vorgeschlagene Etappierung als eine von verschiedenen Möglichkeiten dargelegt wird, wobei im Rahmen der detaillierten Planungsphase ohnehin Abweichungen möglich sind. Im Weiteren schlägt er vor, die Ausschreibung mit einer genauen Beschreibung des Projektes durch ein einziges Architekturbüro vornehmen zu lassen. Erst auf dieser Grundlage sollten dann Ausführungsprojekte der Planer für die Umsetzung eingeholt werden.

Landammann Carlo Schmid-Sutter erklärt sich bereit, an der Landsgemeinde auf die von Grossrat Ueli Manser vorgebrachte Problematik hinzuweisen. In Bezug auf den Projektwettbewerb wird die Standeskommission die Angelegenheit noch einmal eingehend prüfen.

- Grossratspräsident Hans Brülisauer nimmt die Gelegenheit wahr, um Landammann Bruno Koster anlässlich seiner letzten Grossrats-Session für die geleisteten Dienste zum Wohle des Kantons den herzlichen Dank auszusprechen.

9050 Appenzell, 27. Februar 2018

Der Protokollführer:

Markus Dörig